

035

Juni 2013

Info-Teaser für Aktive

JUNGE IMPULSE

Jugendpolitische Umfeldbeobachtungen

Junge Politik

Blockupy-Demo in Frankfurt: Polizeikessel von langer Hand geplant

Staatliche Organe in Deutschland scheinen die Proteste von einigen Tausend Menschen gegen die Übermacht des Finanzsektors als überaus gefährlich einzuschätzen. Anders lässt sich das Vorgehen der Einsatzkräfte bei der Blockupy-Kundgebung Anfang Juni in Frankfurt nicht erklären. Die Polizei hatte rund 900 angeblich gewaltbereite Demonstranten stundenlang eingekesselt und so die Kundgebung vor der Europäischen Zentralbank verhindert. Der Skandal: Nach übereinstimmenden Medienberichten war dies bereits lange vor der Demonstration geplant. 21 Polizisten und ein Demonstrant wurden laut Polizei verletzt, 45 Menschen wurden festgenommen. Blockupy zählte mehr als 200 Verletzte, viele litten nach dem Einsatz von Pfefferspray unter Haut- und Augenreizungen. Mindestens ein Journalist wurde ebenfalls durch Pfefferspray verletzt und musste im Krankenhaus behandelt werden. Beobachter hatten das harte Vorgehen der Polizei als unverhältnismäßig wahrgenommen. → [Weiter...](#)

#occupygezi:

Erdogan gegen die Zivilgesellschaft

Was als Protest gegen den Abriss einiger Bäume im Zentrum von Istanbul begann, hat sich in wenigen Tagen zu einem Flächenbrand ausgeweitet: Seit nunmehr über zwei Wochen wird die Türkei von heftigen Protesten gegen den konservativen Ministerpräsidenten Raci Tayip Erdogan und dessen autoritäre Politik erschüttert, einzelne Beobachter sprechen bereits von einem "türkischen Frühling". Die Unruhen breiteten sich von Istanbul rasch

auf weitere Städte wie Antalya, Izmir und die Hauptstadt Ankara aus, Hunderttausende gingen trotz gewaltsamer Reaktionen der Polizei und massiven Einsatzes von Tränengas auf die Straßen. Die harten Reaktionen des Erdogan-Regimes auf riefen unterdessen heftige internationale Kritik hervor, das Auswärtige Amt veröffentlichte gar eine Reisewarnung für die betroffenen Städte. → [Weiter...](#)

Unruhen in Stockholm: Schluss mit lustig in Bullerbü

Brennende Autos, verkohlte Wracks, ausgebrannte Häuser – die Bilder erinnern an die Unruhen der vergangenen Jahre in London oder Paris: Zahlreiche Stockholmer Vororte sind Ende Mai drei Nächte in Folge von schweren Unruhen erschüttert worden. Tausende Jugendliche und junge Erwachsene waren nachts auf den Straßen, eintreffende Fahrzeuge der Polizei oder der Feuerwehr wurden mit einem Hagel aus Steinen beworfen. Auslöser war angeblich ein vorangegangener Polizeieinsatz, bei dem ein Einsatzkommando einen 69-jährigen erschossen hatte – offiziell aus Notwehr. Unterdessen warf die Organisation "Megafofen", die als Sprachrohr der schwedischen Migranten auftritt, der Polizei wegen ihres harten Auftretens Rassismus vor. Jugendorganisationen weisen schon länger auf die schwierige Situation migrantischer Jugendlicher in Schweden hin. Die Jugendlichen hätten keine Perspektive und würden von Politik und Wirtschaft im Stich gelassen. → [Weiter...](#)

Folgen der Sparpolitik:

UN warnen vor sozialen Unruhen in Europa

Laut einer Studie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hat die Wirtschafts- und Währungskrise die Gefahr

035

Info-Teaser für Aktive



sozialer Unruhen in den Mittelmeerstaaten Zypern, Griechenland, Spanien und Italien erhöht. Laut der ILO-Studie sei das Risiko seit dem Ausbruch der Finanzkrise um zwölf Prozentpunkte gestiegen. Die ILO macht die von Brüssel und Berlin erzwungene Sparpolitik für den Anstieg der Arbeitslosigkeit verantwortlich, in der EU sind derzeit 26 Millionen Menschen ohne Arbeit. Die Eurostaaten hätten zu großen Wert auf die Sanierung ihrer Budgets gelegt und dabei die soziale Komponente vernachlässigt, meint die ILO und fordert unter anderem eine Beschäftigungsgarantie für junge Menschen. → [Weiter...](#)

Junge Gesellschaft

Prekäre Jugend:

Piraten fordern Verbot befristeter Jobs

Die Piratenpartei, vor zwei Jahren mit medialen Vorschusslorbeeren überschüttet, scheint derzeit mit den Anforderungen der politischen Alltags hoffnungslos überfordert. Erst auf den zweiten Blick lassen sich interessante Ansätze und Themen entdecken, etwa bei der neuen Geschäftsführerin Katharina Nocun, die als politische Geschäftsführerin der Partei die Nachfolge von Marina Weisband und dem politisch unglücklichen Johannes Ponader übernommen hat. Nach einem kämpferischen Essay auf "Zeit Online" hat sie nun in einem weiteren Interview nachgelegt und ein Verbot befristeter Jobs gefordert. "Es ist nicht in Ordnung, wenn sich Menschen über viele Jahre von einem Zeitvertrag zum nächsten schleppen", sagte die 26-Jährige. Die junge Generation sei vielfach "frustriert von der Arroganz der Politik", sie als unpolitisch zu bezeichnen sei aber absurd, so Nocun. → [Weiter...](#) und → [Weiter...](#)

Wahlkampf-Aktionismus:

Merkels Show zur Jugendarbeitslosigkeit

Bundeskanzlerin Angela Merkel macht sich angesichts der Wahl im September neuerdings Gedanken um Europas Jugend. Werbewirksam mitten in der Sommerpause soll nun eine Konferenz zum Thema Jugendarbeitslosigkeit abgehalten werden, kündigte die Kanzlerin in Brüssel an. Zu dem Treffen seien die Arbeitsminister der EU-Länder sowie Experten eingeladen, auch Frankreichs Präsident François Hollande werde erwartet. Die Konferenz solle darüber beraten, wie sechs Milliarden Euro zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit am besten eingesetzt werden können. Die Veranstaltung ist Teil einer so genannten Jugend-Offensive, die von Deutschland und Frankreich Ende Mai großspurig als "New Deal" gestartet wurde. Dort gab man sich immerhin hellichtig: Man könne der heutigen Generation nicht

zumuten, ohne Zukunftsperspektive leben zu müssen. Andernfalls würden die jungen Leute nicht mehr nur Regierungen abwählen sondern das Vertrauen in die gesamte EU verlieren, hieß es in Paris. → [Weiter...](#)

Ist das gerecht?

Ein Viertel verdient nur Niedriglöhne

Seit mittlerweile schon acht Jahren habe sich die Einkommensschere in Deutschland nicht weiter geöffnet. Zu diesem überraschend positiven Ergebnis kommt eine Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung. Doch leider täuscht der erste, positive Eindruck: Denn vor dem Hintergrund der "enorm guten Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt" wäre für die letzten Jahre "ein deutlich sichtbarer Rückgang" bei der Einkommens-Ungleichheit das erwartbare Ergebnis gewesen, konstatieren die Autoren der Studie. So hätte die Einkommensungleichheit parallel zum Rückgang der Arbeitslosigkeit abnehmen müssen, tatsächlich seien die Werte aber nahezu gleich geblieben, hieß es. Zudem gehe die Umverteilung durch Steuer- und Sozialpolitik seit Ende der 1990er-Jahre deutlich zurück. Insgesamt habe Deutschland in den letzten beiden Jahrzehnten ein "Maß an Ungleichheit erreicht, das sowohl sozial als auch wirtschaftlich hoch problematisch ist. Das gilt für die Einkommensverteilung und noch viel stärker bei den Vermögen", sagte IMK-Direktor Gustav Horn. → [Weiter...](#)

Rassistisches Deutschland:

UNO-Rüge wegen "Hassprediger Sarrazin"

Sarrazins Fremdenfeindlichkeit und kein Ende: Obgleich sich Ex-Finanzsenator und Ex-Bundesbankvorstand selbst seit einiger Zeit angenehm ruhig verhält, wirken seine rassistischen Tiraden noch immer nach: Nun hat ein Ausschuss der Vereinten Nationen Deutschland offiziell eine Rüge wegen der Abweisung einer Klage gegen Sarrazin erteilt. Nach einem im Herbst 2009 erschienenen Interview Sarrazins in der Zeitschrift Lettre International hatte der Türkische Bund Berlin (TBB) Strafantrag wegen Volksverhetzung und Beleidigung gestellt. Die Berliner Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren aber ein. Damit habe Deutschland gegen die Antirassismuskonvention der UN verstoßen, stellte der Ausschuss fest. Grund genug für Spiegel-Journalist Jan Fleischhauer, tief in den Trog mit Ressentiments zu greifen und auf die angeblich linke Meinungsdictatur einzudreschen, die alte und neue Rechte gerne an jeder Ecke ausmachen. Statt Deutschland wegen seines vorbildlichen Umgangs etwa mit Südeuropa oder auch mit dem NSU zu loben, dresche die linksradikale UN immer weiter auf die braven Deutschen ein. Unerhört, findet Fleischhauer. → [Weiter...](#)

Junges Leben

Neuer Film:

Vom Senken der Arbeitsmoral

Debatten um das Ende der Erwerbsarbeit als wichtigstem gesellschaftlichem Regulativ sind nicht neu, sie wurden und werden etwa im Zusammenhang mit der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen geführt. Der Filmemacher Konstantin Faigle greift diese Diskussion nun auf – und geht in seinem neuen Film "Frohes Schaffen" einen Schritt weiter. Bei ihm ist "der moderne aufgeklärte Mensch nicht frei von Irrglauben und geistigem Zwang. Er hat längst einen anderen Gott erwählt: die Arbeit." Erwerbsarbeit, so lautet die These des Films, ist zum Religionersatz im gegenwärtigen Kapitalismus geworden, nur wer Arbeit hat, zähle als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft. Arbeit strukturiere den Tag und gaukele Sinn im Leben vor – obwohl viele der fraglichen Tätigkeiten überhaupt nicht sinnvoll seien. Neben den Protagonisten des Films kommen prominente Experten zu Wort, etwa der Ökonom Jeremy Rifkin, der Arbeitskritiker Norbert Trenkle, der britische Autor Tom Hodgkinson und der Chef des Ifo-Instituts Hans-Werner Sinn. [→ Weiter...](#)

Neue Bücher:

Gibt es grünes Wachstum?

Wachstumsdebatten haben wieder Konjunktur, nicht erst, seit der Club of Rome vor zwei Jahren eine Art Neuauflage seines ersten Berichts über die "Grenzen des Wachstums" vorgestellt hatte. Zahlreiche weitere Autoren beschäftigen sich mit dem Verhältnis von wirtschaftlichem Wachstum und ökologischer Nachhaltigkeit, darunter auch der Sozialpsychologe Harald Welzer und der Vorstand der Grünen-nahen Heinrich Böll-Stiftung Ralf Fücks. Während Fücks einem "intelligenten Wachstum" das Wort redet und einen "großen Sprung in eine ökologische Moderne, in der wirtschaftliches Wachstum und Naturverbrauch entkoppelt sind" anstrebt, betrachtet Welzer Wachstum an sich als das Problem. Er setzt dem Prinzip des "Alles immer" die Idee einer entschleunigten, gemeinwohlorientierten Ökonomie entgegen, die auf Kultivierung statt Wachstum und auf Glück statt Konsum setzt. Einig sind sich beide jedoch in dem grundsätzlichen Befund, dass das gegenwärtige Wachstumsmodell nicht zukunftsfähig ist. [→ Weiter...](#)

Twitter in der Türkei:

Die größte Bedrohung des Regimes

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan ist nicht nur mit Blick auf seinen Umgang mit Demonstranten

und kritischen Journalisten dabei, sich in einer Reihe mit jenen arabischen Gewaltherrschern zu stellen, die in den vergangenen Jahren gestürzt wurden. Auch sein Verhältnis zu den sozialen Medien im Internet scheint von vorgestern zu sein. "Für mich sind die sozialen Medien die schlimmste Bedrohung von Gesellschaften", ließ der türkische Potentat verlauten. Und weiter: "Es gibt etwas, was sich Twitter nennt – eine Plage. Die größten Lügen sind hier zu finden". Entsprechend hart verhielt sich das Regime gegenüber den Nutzern des so verteuerten Internet-Dienstes und ließ über 25 Menschen festnehmen, weil diese "irreführende und beleidigende Informationen" auf Twitter im Zusammenhang mit regierungskritischen Protesten verbreitet haben sollen. [→ Weiter...](#)

Drosselkom:

Telekom drosselt sich selbst

Nach heftiger Kritik an den Plänen der Telekom, die Surfgeschwindigkeit im Internet nach Erreichen eines bestimmten Datenvolumens drastisch zu reduzieren und noch nur ausgewählte Angebote in vollem Tempo zuzulassen, gibt sich der Konzern nun einsichtig – und will die Geschwindigkeit weniger stark verringern als bislang angekündigt. So soll die Geschwindigkeit künftig statt auf 384 kBit auf nurmehr zwei MBit pro Sekunde gebremst werden, hieß es bei der Telekom. Das Problem: Obwohl mehr als fünf Mal so viel wie ursprünglich geplant, sind auch zwei MBit etwa für moderne Videodienste deutlich zu langsam. Im Grundsatz hält der Konzern auch an seinen Plänen fest, die eigenen Angebote unter dem Label "Entertain" von dieser Drosselung auszunehmen. Kritiker sehen damit die Netzneutralität bedroht und befürchten, dass kleine, unabhängige Anbieter künftig benachteiligt werden und das Internet von großen Medienkonzernen dominiert werde. Die Proteste gehen daher zunächst weiter. [→ Weiter...](#) und [→ Weiter...](#)

Am Ende

C wie Zukunft:

Die dümmsten Wahlkampf-Slogans

Alle Jahre oder glücklicherweise nur alle vier Jahre wieder, kleistern die Parteien unsere Straßen mit Plakaten zu, die uns davon überzeugen sollen, dass alles gut ist, alles noch besser wird und die Politik wirklich das Ruder in der Hand hat, zum Beispiel gegenüber den Banken. Dafür lassen die Volksvertreter dann immer total coole Slogans entwickeln, so wie zum Beispiel "C wie Zukunft". [→ Aber was wollen sie uns damit bloß sagen?](#)